

Entlassungen werden ab Herbst immer wahrscheinlicher

Versteckte Drohung

Die Krise der Wirtschaft hat auch die Metall- und Elektroindustrie fest im Würgegriff. Dennoch blieben dank der Kurzarbeit die Stammbesellschaften relativ stabil. Doch jetzt bereiten die Arbeitgeber Massenentlassungen ab Herbst vor.



Langsamer Abschied von der Kurzarbeit

Kurzarbeit könne nur eine Überbrückung sein, lies Gesamtmetall-Boss Martin Kannegiesser Anfang April die Leser der *Bild am Sonntag* wissen. Damit begann der langsame Abschied vom Ziel, mit den Stammbesellschaften durch die Krise zu kommen.

Und dies ohne Grund: Denn weiter bietet Kurzarbeit, die der Gesetzgeber und die Tarifvertragsparteien nochmals attraktiver gemacht haben, eine Alternative. Kein Arbeitgeber kann behaupten, er hätte keine Werkzeuge um Entlassungen zu verhindern. Auch das Argument, Kurzarbeit würde dort nichts helfen, wo

Strukturwandel notwendig sei, zieht nicht. Es folgt dem zynischen Bild, dass sich nur im Beruf verändert, wer am Hungertuch von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe nagt. Erwiesen ist dagegen, dass Menschen mit zunehmender Arbeitslosigkeit an Qualifikation verlieren. Viel erfolgreicher ist ein Wechsel in neue Aufgaben aus Beschäftigung. Hier bietet Kurzarbeit die Chance einer zielgerichteten Qualifikation. Nicht die Vernichtung, sondern der Erhalt der Qualifikation fördert den Strukturwandel. Auch der Gesetzgeber ist weiter gefordert: Etwa durch Verlängerung der Bezugsdauer von Transfer-Kurzarbeitergeld auf 24 Monate.

Bleibt also, dass die Banken und Kapitaleigner auf Entlassungen drängen, wenn es um die Gewährung notwendiger Kredite oder Einlagen geht. Aber kann es sein, dass die Verursacher der Krise jetzt bestimmen, wer zum Opfer ihres Treibens wird – nur um ihre eigenen Renditen zu sichern?

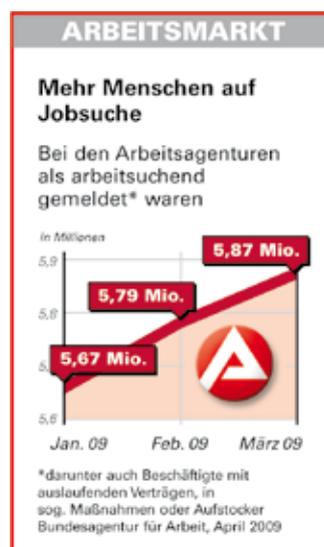
Hier zeigen viele Beispiele, dass dort, wo Arbeitgeber zusammen mit den Belegschaften diesem Treiben öffentlich die rote Karte zeigten, es auch Lösungen gibt, etwa unter Zuhilfenahme staatlicher Bürgschaften.

Entlassungen sollen legitimiert werden

Doch die Arbeitgeberverbände kuscheln nach oben und treten nach unten. Die Kurzarbeit sei das richtige Instrument »gewesen«, meinte Kannegiesser plötzlich in der *Süddeutschen Zeitung*. Und wie um drohende Entlassungen zu legitimieren fügte er noch hinzu: »Aber sie ist keine Dauerlösung, um über die Krise hinweg zu kommen.«

Allen Anzeichen nach muss spätestens nach der Bundestagswahl am 27. September damit gerechnet werden, dass die Hemmschwelle für Entlassungen fällt. Umso wichtiger ist, dass es politische Mehrheiten gibt, die nicht den Abbau von Arbeitnehmerrechten, sondern einen besseren Schutz von Arbeitnehmern gegen die Risiken der Arbeitslosigkeit verfolgen. Dazu gehört vor allem auch die

ARBEITSPLÄTZESICHERN
PERSPEKTIVENBIETEN
GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



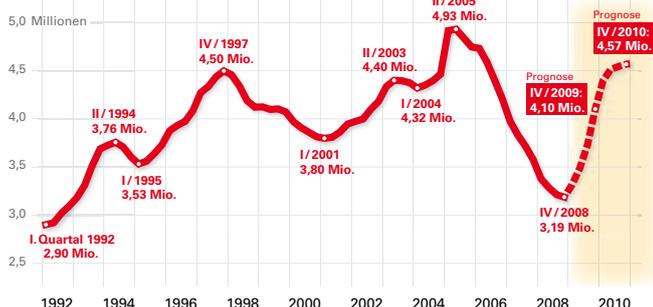
Möglichkeit früher aus dem Arbeitsleben ausscheiden zu können, oder eine Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, so dass man nicht nach kurzer Zeit zum Hartz-IV-Empfänger wird.

Kritik der IG Metall

Die IG Metall kritisiert die versteckten Drohungen der Arbeitgeber scharf. »Es gibt keinen sachlichen Grund, um den Beschäftigten die Stühle vor die Tür zu stellen«, sagt IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann. »Wir haben genügend Werkzeuge um die Beschäftigung zu halten. Da ist längst noch nicht alles ausgereizt«. So könne allein das Instrument der Kurzarbeit 24 Monate lang genutzt werden. »Wo Arbeitgeber trotzdem ihre Beschäftigten rausschmeißen wollen, werden wir Gegenwehr organisieren«, kündigt Hofmann an.

Rasanter Anstieg der Arbeitslosigkeit droht

Die Zahl der Arbeitslosen entwickelte sich...

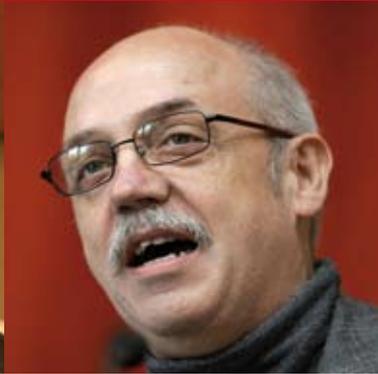


Quartalsangaben saisonbereinigt; Quelle: Deutsche Bundesbank, Berechnung IMK 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009



Über 450.000 Menschen reden Klartext: So wollen wir leben!

Eine größere Befragung wurde noch nie durchgeführt. Die IG Metall wollte von den Menschen wissen, was für sie zu einem guten Leben gehört. 450.000 Fragebögen wurden ausgefüllt - ein starkes und aussagekräftiges Votum.



Politik für die Menschen machen

Das Ziel war nicht eine repräsentative Umfrage. Es ging der IG Metall um ein reales Stimmungsbild. Und das zeigt deutlich was die Menschen vor der Bundestagswahl wollen: Es ist endlich wieder Zeit für eine Politik, die wieder den Menschen in den Mittelpunkt stellt.



www.gutes-leben.de

Mit den Ergebnissen werden wir in den kommenden Wochen bis zur Wahl am 27. September die Abgeordneten der Parteien auf unterschiedlichen Wegen konfrontieren. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt: »Was ändert sich nach der Bundestagswahl?« Gefragt werden die Abgeordneten z.B. mit E-Cards über das Internet, mit Fragebögen, auf Veranstaltungen, Plakaten und vielem mehr.

Also mitmachen. Gemeinsam für ein gutes Leben!

- 89%** fordern einen sicheren Arbeitsplatz - keine Entlassungen in der Krise
- 84%** fordern Arbeit, die nicht krank macht
- 83%** fordern, dass sie mit ihrer Rente im Alter gut auskommen
- 83%** fordern, gut vom Einkommen leben zu können
- 81%** fordern, dass die Rente mit 67 zurückgenommen wird
- 80%** fordern, so abgesichert zu sein, dass sie ihre Zukunft planen können
- 79%** fordern materielle Sicherheit bei Arbeitslosigkeit und Krankheit
- 78%** fordern die Einführung von Mindestlöhnen
- 77%** fordern bei der Leiharbeit: Gleiche Arbeit - gleiches Geld
- 77%** fordern genügend Zeit für Familie und Privates
- 74%** fordern: Für qualifizierte Ausbildungsplätze Unternehmen in die Pflicht nehmen
- 73%** fordern, dass es gerecht zugeht zwischen Arm und Reich
- 71%** fordern eine bessere Ausstattung von Kindergärten, Schulen und Hochschulen
- 70%** fordern eine gerechte Verteilung der Bildungschancen
- 60%** fordern einen besseren Umweltschutz



Warum die FDP eine Gefahr für die Beschäftigten ist

Attacke auf die Arbeitnehmer



Die FDP bleibt auf Kurs. Und zwar auf einem strammen Anti-Arbeitnehmerkurs. Deren Interessenvertretungen und Rechte sollen massiv geschwächt werden. So sieht es das Programm der Liberalen zur Bundestagswahl am 27. September 2009 vor, das sie zusammen mit der Union aus CDU und CSU in einem gemeinsamen Regierungsprogramm umsetzen wollen. Die Verlierer wären die abhängig Beschäftigten. Wir sagen warum:

»Jetzt erst recht« lautet die Antwort der FDP auf die Finanzmarktkrise. Nach Analyse der Partei der Neoliberalen haben nicht die Finanzmärkte, sondern deren staatliche Regulierung versagt. Das ist falsch. Mit ihrer Politik haben die Herrschaften den Spekulanten und dem Desaster an den Finanzmärkten erst den Weg geebnet. Weniger Staat und weniger Regulierung haben die aktuelle Krise in ihrem ganzen Ausmaß erst möglich gemacht.

Die FDP hat zwei erklärte Feindbilder: Die Gewerkschaften und die Rechte der abhängig Beschäftigten. Beides ist den Liberalen ein Dorn im Auge. Das ist nicht neu. Aber die Forderungen nach dem Beschnitt von Arbeitnehmerrechten werden hinter einem freiheitlich-liberalen Anstrich versteckt.

Dabei hat die Westerwelle-Partei ihr Ziel fest im Blick: Sie will sich gegen die Gewerkschaften und somit auf Kosten der Arbeitnehmerschaft profilieren. Das Arbeitsrecht soll so umgestaltet werden, dass die Seite des Kapitals, also die Arbeitgeber und die Anteilseigner, mehr Freiheiten und Rechte bekommen, während die Arbeitnehmer meist in die Röhre schauen sollen. Dazu fordert die Partei der Besserverdiener einschneidende Änderungen beim Kündigungsschutz und will mehr Möglichkeiten für betriebliche Bündnisse schaffen. Die Zustimmung von

Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zu von Tarifverträgen abweichenden Vereinbarungen sei unnötig, heißt es. So will die FDP das bewährte Prinzip des Flächentarifvertrages aushebeln.

Auch die Mitbestimmung soll unters Messer. Die FDP will weg von der paritätischen Mitbestimmung, die den Arbeitnehmern die gleiche Anzahl Sitze in Aufsichtsräten zusichert. An ihre Stelle soll ein Modell treten, bei dem die Arbeitnehmer kaum noch etwas zu melden hätten: die Drittelmitbestimmung. Dort wäre nur noch ein Drittel der Sitze in den Aufsichtsräten für die Arbeitnehmer reserviert.

Den Betriebsräten soll es ebenfalls an den Kragen gehen. In Betrieben unter 20 Beschäftigten soll es künftig gar keine Belegschaftsvertreter mehr geben. In allen anderen Betrieben nur noch dort, wo sich mindestens 50 Prozent der Belegschaft für die Wahl eines Betriebsrates aussprechen. Auf das gesellschaftspolitisch wichtige Thema der „Prekarisierung“ gibt die FDP überhaupt keine Antworten. Das verwundert nicht, werden doch im Programm weitere Öffnungsmöglichkeiten für den Niedriglohnssektor gefordert.

Das Programm der FDP darf nicht zum Programm einer Bundesregierung werden. Die Folgen für die Arbeitnehmerschaft wären fatal. Das gilt es zu verhindern!



»Wir werden nach einem Wahlsieg die Gewerkschaftsfunktionäre entmachten. Wir werden das starre Tarifvertragssystem aufbrechen.«

FDP-Chef Guido Westerwelle 2006

So will die FDP Arbeitnehmerrechte zerstören:

- Kündigungsschutz erst ab 20 Beschäftigte und nach zwei Jahren Beschäftigungsdauer.
- Kettenarbeitsverträge ohne Begrenzung.
- Günstigkeitsprinzip neu definieren und vom Tarifvertrag abweichende Regelungen zulassen, die keine Zustimmung der Tarifvertragsparteien erfordern.
- Mindestlöhne werden abgelehnt.
- Altersgrenzen bei Kündigung oder Entgeltsicherung sollen fallen.
- Betriebsräte erst ab 20 Beschäftigte und nur wenn mindestens 50 Prozent aller Beschäftigten für eine Wahl stimmen.
- Freigestellte Betriebsräte erst ab 500 Beschäftigte.
- Paritätische Mitbestimmung durch eine Drittelmitbestimmung ersetzen.

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



Macht Politik für die Mehrheit der Menschen!

Schluss mit der Ungerechtigkeit!

**Wir treffen uns
in Frankfurt!**

Arena Kundgebung: 5. September 2009



Mit:

Berthold Huber, 1. Vorsitzender der IG Metall

Detlef Wetzel, 2. Vorsitzender der IG Metall

Internationale Gäste

Moderation: Manni Breuckmann

Kultur:

Wilfried Schmickler, Kabarett

Microphone Mafia

Bob Geldof und Band u. a.

**Wir bringen die Ergebnisse der Befragung auf den Punkt.
Kraftvoll und unüberhörbar mit gemeinsamer Stimme!**

Wir streiten für ein gutes Leben:

- Keine Entlassungen in der Krise!
- Nicht die Zeche für die Krise zahlen!
- Keine Angst vor der Zukunft!
- Gleiche Arbeit – gleiches Geld – gleiches Recht!
- Im Alter mit der Rente auskommen!
- Gute Lebensperspektiven für die junge Generation!

Commerzbank Arena, Frankfurt 13-16 Uhr

Karten sind erhältlich über die IG Metall-Vertrauensleute und Betriebsräte
und über die jeweilige Verwaltungsstelle der IG Metall.

**OPERATION
ÜBERNAHME**

**Zentrale Jugendkundgebung
5. September 2009, 10-11 Uhr
Frankfurt/Main, Alte Oper**